Mindener Tageblatt vom 25.06.2025

Harte Reformliste

Vor Unternehmern aus dem Kreis Minden-Lübbecke geht der frühere IFO-Präsident Hans-Werner Sinn mit der Politik hart ins Gericht. Seine Lösungsansätze gehen in eine ganz andere Richtung.

Henning Wandel

Bad Oeynhausen/Minden. Hans-Werner Sinn redet nicht um den heißen Brei. Im Gegenteil: Bei der Jahreshauptversammlung des Arbeitgeberverbandes Minden-Lübbecke (AGV) lässt der Wirtschaftswissenschaftler keinen Zweifel daran, wer seiner Ansicht nach für den aktuellen Zustand des Standortes Deutschland verantwortlich ist – und wie ein Kurswechsel gelingen könnte.

Sinn war 17 Jahre lang Präsident des renommierten IFO-Instituts für Wirtschaftsforschung und ist noch immer einer der bekanntesten Ökonomen in Deutschland. Und nachdem vor einem Jahr Professor Michael Hüther vom Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) beim AGV noch ein Lockern der Schuldenbremse gefordert hatte, setzt Sinn in der neuen Veranstaltungsscheune der Firma Denios in Bad Oeynhausen jetzt laut und deutlich den Kontrapunkt.

Er tut das mit dem größtmöglichen Nachdruck, spricht von der „Machtergreifung einer ideologischen Truppe", von „Ökosozialismus" und einer „erzwungenen Deindustrialisierung". Seit 2018, dem Beginn der letzten Amtszeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), sei die Produktivität der deutschen Industrie insgesamt um 15 Prozent zurückgegangen. An anderer Stelle attestierte er der in der DDR aufgewachsenen Altkanzlerin, „im Kopf noch eine Sozialistin" zu sein.

Als Beispiel für eine industriefeindliche Politik nennt Sinn Beschlüsse zu Atomausstieg, Ölheizungsverbot, Verbrenner-Aus, Kohleausstieg, Erdgasausstieg und Umbau der Gasnetze für Wasserstoff. Schließlich lege das Energieeffizienzgesetz fest, dass der Energieverbrauch bis 2045 im Vergleich zu 2008 um 45 Prozent sinken müsse, „selbst wenn kein CO_2 emittiert wird". Sinn spricht von einem „reinen Deindustrialisierungsgesetz" und nennt die Pläne „wunderschöne Träume" und „hirnrissig zum Quadrat."

Die von Sinn an die Wand geworfenen Statistiken sind in der Tat deutlich: Da ist einmal die auch schon von Kanzler Friedrich Merz ins Feld geführte durchschnittliche jährliche Arbeitszeit, bei der Deutschland im Vergleich mit anderen OECD-Ländern hinterherhinkt. Mit Vorsprung an der Spitze steht Deutschland hingegen bei den Strompreisen, wiederum am Ende bei den schulischen Leistungen in Mathematik.

„Die Felle schwimmen uns gerade davon", mahnt Sinn – und präsentiert gleich Vorschläge für mögliche Reformen. „Die kosten alle kein Geld", sagt er mehrfach in seinem Vortrag und zielt dabei klar auf den von der aktuellen Bundesregierung eingeschlagenen Kurs, die mit Sondervermögen und damit zusätzlichen Schulden auf die anstehenden Herausforderungen reagieren will.

Hans-Werner Sinn hat eine Liste von Reformvorschlägen vorgelegt, mit denen der Wirtschaftsstandort Deutschland aus der Krise kommen soll: „Und die kosten alle kein Geld." MT-Foto: Christian Bendig

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes mit Gastgebern und Redner (von links): Ricarda Fleer (Denios), Henrik Follmann, Helmut Dennig, Dominik Dennig (beide Denios), Hans-Werner Sinn, Patrick Jacob, Doris Höpfl, Robert Falch (AGV-Vorsitzender), André Fechner (AGV-Geschäftsführer) und Sven Hohorst. Nicht auf dem Bild: Elisabeth Holland und Matthias Paschke. Foto: hwa

Die Liste seiner Vorschläge ist knapp, aber deutlich. Sinn fordert ein späteres Renteneintrittsalter, weniger Feiertage, Krankengeld erst ab dem zweiten Tag, eine verzögerte Integration in die Sozialsysteme und einen Wechsel vom Bürgergeld zum Bürgerlohn: Zur Not gebe es „bei der Kommune einen Besen", sagt Sinn: „Sie glauben gar nicht, was dann auf dem Arbeitsmarkt passieren würde." Der Hintergrund für die Vorschläge ist die demografische Entwicklung, die er eindrücklich präsentiert.

Auch hierfür liefert er Zahlen: Demnach ist der Verbraucherpreisindex seit 2020 um 24 Prozent gestiegen, gleichzeitig nahm das Bürgergeld um 30 Prozent zu, der Mindestlohn um 37 Prozent.

Gleichzeitig warnt Sinn vor den Folgen einer weiteren Staatsverschuldung und nimmt die USA als mahnendes Beispiel. Die Grundgesetzänderung zwischen Wahl und Regierungswechsel ermögliche „den großen Goldrausch", sagt Sinn. In der Folge würde die deutsche Staatsverschuldung um 2,5 Billionen Euro wachsen – so viel, wie die Bundesrepublik insgesamt seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges angehäuft habe.

Die Folge wäre ein sprunghafter Anstieg der Zinslast. Aktuell müsse die Bundesrepublik 2,1 Prozent des Haushalts dafür aufwenden, würde sich aber in den kommenden Jahren der Marke von 13 Prozent annähern, wo die USA sich bereits befinden, die sich laut Sinn „am Rande der Pleite" befinden. Positiver Randaspekt sei die Kapitalflucht, die Geld vom amerikanischen in den deutschen Finanzmarkt fließen lasse.

Sinn fordert ein späteres Renteneintrittsalter.

Überschrieben hatte Hans-Werner Sinn seinen Vortrag „Wege zur Schadensbegrenzung" und nennt die aktuelle Lage die „schwerste Krise seit dem Krieg". Auf die Frage, wie groß seine Hoffnung sei, dass die aktuelle Regierung die Probleme löse, zuckt Sinn zunächst mit den Schultern. Kanzler Merz, Verteidigungsminister Boris Pistorius und Außenminister Johann Wadephul machten zumindest wieder Realpolitik, „das ist auch mal erfrischend."

Sinn wünscht sich eine klarere Ansprache der Politik nach dem Vorbild von Churchills Blut-Schweiß-und-Tränen-Reden. „Wir sind am Rande des dritten Weltkrieges und die Leute haben Wokeness und den dritten Urlaub im Kopf." Es sei an der Zeit, einen Webfehler der Europäischen Union zu korrigieren, die h eine Euro-Union sei, aber eine politische werden müsse, auch militärisch mit einem gemeinsamen Oberkommando: „Wir sollten jetzt die Chance der Geschichte ergreifen und die Vereinigten Staaten von Europa gründen" – dazu schreibt Hans-Werner Sinn an einem Buch.

Der Autor ist erreichbar
Henning.Wandel@MT.de